

Medienmitteilung

Thema	glp-Initiative „Energiezukunft Luzern“ und Parolen für den 4. März
Für Rückfragen	Roland Fischer, Parteipräsident roland.fischer@grunliberale.ch / 079 422 76 60 Michèle Graber, Kantonsrätin und Vorsitzende der Grünliberalen Fraktion michele.graber@grunliberale.ch / 079 262 18 64 Urs Brücker, Kantonsrat ufbruecker@bluewin.ch / 079 403 96 00
Absender	Grünliberale Partei Kanton Luzern, 6000 Luzern lu@grunliberale.ch / www.lu.grunliberale.ch
Datum	31. Januar 2018

Die Grünliberalen ziehen Ihre Initiative „Energiezukunft Luzern“ zurück

Das Initiativkomitee hat anlässlich der heutigen Sitzung des Vorstands der Grünliberalen entschieden, die Initiative „Energiezukunft Luzern“ zurückzuziehen. Dies geschieht zugunsten des vom Kantonsrat verabschiedeten neuen Energiegesetzes, welches nur dank der Initiative so schnell zustande kam.

Die Volksinitiative «Energiezukunft Luzern» wurde am 8. Oktober 2015 mit 4'257 gültigen Unterschriften eingereicht. Das ursprüngliche Ziel der Initiative, dem Kanton Luzern zu einem neuen Energiegesetz zu verhelfen, wurde erreicht. Kantonsrat Urs Brücker ist zufrieden mit dem vorliegenden Energiegesetz: „Vier von fünf Forderungen aus unserer Initiative wurden im neuen Energiegesetz aufgenommen. Zusätzlich konnte die glp in der Detailberatung einige Anträge durchbringen, welche den Gesetzesentwurf präzisieren, und somit das neue Energiegesetz massgeblich mitgestalten“.

Mit dem von der SVP angekündigten Referendum gegen das Energiegesetz wird nun dieser breit abgestützte Kompromiss wieder in Frage gestellt. Parteipräsident Roland Fischer ruft deshalb zur Geschlossenheit auf: «Es gilt nun, die Kräfte zu bündeln und uns auf das Energiegesetz zu konzentrieren» Die Grünliberalen haben stets betont, dass sie bereit sind, auf die Initiative zu verzichten, falls das neue Energiegesetz die wesentlichen Forderungen der Initiative aufnimmt. Im Abstimmungskampf werden sich die Grünliberalen deshalb mit aller Kraft für das neue Energiegesetz einsetzen.

Parolen für die Abstimmung am 4. März 2018

Die Grünliberalen haben zudem die Parolen für den 4. März gefasst. Mit 13 Nein-Stimmen bei einer Erhaltung lehnen sie die radikale NoBillag-Initiative ab. „Unsere Demokratie braucht eine unabhängige und neutrale Berichterstattung in allen Landesteilen“, so Parteipräsident Roland Fischer zur schädlichen NoBillag-Initiative. Die neue Finanzordnung 2021 wurde einstimmig angenommen. Ausserdem lehnen sie die kantonale Volksinitiative «Zahlbares Wohnen für alle» mit 10 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. Wir sehen den gemeinnützigen Wohnungsbau als Aufgabe der Gemeinden, und nicht als Aufgabe des Kantons. Aus Grünliberaler Sicht wird kein neuer Fonds für gemeinnütziges Wohnen benötigt.